

Institutional choice als Rahmen für die Fallstudien

von Einsichten über die konkrete Aufgabenerfüllung im Kleinstaat Liechtenstein abzuleiten.

Da in diesem Kapitel immer wieder die Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenteilung zwischen Land und Gemeinden angesprochen ist, wird abschliessend auch der *Finanzausgleich* in Liechtenstein Gegenstand einer vertieften Analyse sein (Abschnitt 4.6). Abschnitt 4.7 präsentiert eine Zusammenfassung der Schlussfolgerungen aus den Fallstudien.

4.1 Institutional choice als Rahmen für die Fallstudien

Vorerst muss allerdings in Abschnitt 4.1 der Rahmen abgesteckt werden, der als Grundlage für die angesprochenen Fallstudien in diesem Teil erkenntnisleitend sein soll. Damit erfährt der Leser, mit welchem Instrumentarium die Autoren an die Analyse gehen, in welche Denkschemata sie die Sachverhalte und Informationen der Realität einordnen und verarbeiten.

Die Finanzwissenschaft leitet die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe aus dem Auftreten von Marktversagen ab. Dies bildet einen ersten Schritt der Analyse (Punkt 4.1.1). In einem zweiten Schritt wird jeweils die tatsächliche Aufgabenwahrnehmung in Liechtenstein erhoben. Diese Erfassung erfolgt mit dem Instrumentarium der Neuen Institutionenökonomik (Punkt 4.1.2). Schliesslich ergeben sich aus der Analyse Ansätze für Verbesserungen. Die Kriterien, die in diesem Zusammenhang herangezogen werden, sind in Punkt 4.1.3 aufbereitet.

4.1.1 Inwieweit lassen sich staatliche Eingriffe rechtfertigen?

Die finanzwissenschaftliche Allokationstheorie erhebt, inwieweit in einem bestimmten Markt die Voraussetzungen, die einen funktionsfähigen Wettbewerb gewährleisten, verletzt sind. Aus diesen Kategorien des Marktversagens (öffentliche Güter, externe Effekte, natürliche Monopole etc.) wird in der Folge die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe abgeleitet.

In den Fallstudien werden einleitend jeweils wesentliche Ergebnisse der Teildisziplinen (Sozial- und Versicherungsökonomik, Bildungsöko-